

2 Recht auf Nichtwissen

2.1 Spezifizierung eines Rechts auf Nichtwissen

Ein Recht auf Nichtwissen und Forderungen für ein Recht auf Nichtwissen werden bislang vor allem in der Humanmedizin und in den Rechtswissenschaften in Bezug auf die Prädiagnostik thematisiert (z.B. Jonas 1985; Daele 1985; Donner/Simon 1990; Cramer 1991; Wiese 1991; Stumper 1995; Meyer 2001; Zimmermann-Acklin 2002). Das Recht auf Nichtwissen ist dabei vornehmlich auf den Schutz des Einzelnen davor gerichtet, dass Anderen oder der Person selbst Wissen (vor allem über Krankheiten und Prognosen potenzieller Krankheiten) zugänglich wird, ohne dass dies von der Person gewollt wurde. Nach Wehling wird hierbei „ein *Rechtsgut* angesprochen, dessen Schutz die Risiken und Ambivalenzen des (wissenschaftlichen) Wissens eindämmen soll“ (Wehling 2006, S. 327). Es geht dabei stets um die Legitimierung der Möglichkeit einer gewollten Aufrechterhaltung eines Zustandes des Nichtwissens und damit auch gleichzeitig den Schutz vorhandenen Wissens. Dementsprechend wird ein Anrecht auf ein willentliches Nicht-Wissen-Wollen und einen Schutz bestimmten Wissens gegenüber einem Zugriff durch andere Akteure gefordert.

Hauptsächlich steht bei diesen Bemühungen das Individuum im Vordergrund, so formuliert Jonas etwa: „Niemals darf einem ganzen Dasein das Recht zu jener Ignoranz versagt werden, die eine Bedingung der Möglichkeit authentischer Tat, d. h. der Freiheit überhaupt ist; oder: Achte das Recht jedes Menschen, seinen eigenen Weg zu finden und eine Überraschung für sich selbst zu sein.“ (Jonas 1985, S. 194). Bei dieser Forderung kommt es auf das Wollen, das Wissen-Wollen an. Muss verfügbares Wissen ungewollt gewusst werden, kann es ein „Selbst-Werden“ im Sinne von Jonas (1985) durch die Beeinflussung des Lebenskonzeptes und des Lebensweges, also eine Konzeption des eigenen Lebens nach inneren Bedürfnisstrukturen, verhindern. Wenn man etwas wissen will und sich explizit für ein Wissen-Wollen entscheidet, gehört dieses Wissen dem „Weg“ des Entscheiders an und muss gerade bei belastendem Wissen in den eigenen Lebensentwurf integriert werden und gehört damit zum Selbst-Werden. Entsprechend könnte Wissen Unsicherheiten abbauen, die sich ebenfalls belastend auf das psychische System auswirken können. Zu denken ist an Beispiele wie etwa an die (vorgeburtliche) Aufdeckung von potentiell unerwünschten Merkmalen, die im Alltag Nachteile mit sich bringen, z.B. bestimmte Ausprägungen von Intelligenz, Geschlecht, Krankheiten etc. Mit Hilfe der pränatalen Diagnostik können schon vor der Geburt spezifische Krankheiten, deren Symptomkomplex sich erst viel später

im Erwachsenenalter manifestiert, diagnostiziert werden (weiterführend z.B. Epplen/Haupt 1997).

Wie ist auf bestimmte Befunde und auf Prognosen schwerer Krankheiten nun adäquat zu reagieren? Irgendwann wird eine identifizierte Krankheit möglicherweise oder zwangsläufig ausbrechen, aber bis dahin könnte die Person ein „normales“ Leben führen. Soll die Prognose somit lieber verschwiegen werden, um bis zum Tag X ein ungestörtes Leben zu ermöglichen oder soll die betreffende Person auf die Krankheit und das damit zusammenhängende Schicksal vorbereitet werden? Sollte ein als krank stigmatisiertes ungeborenes Kind schon vorher abgetrieben werden? Wissen macht mächtige Entscheidungen möglich und dann auch nötig und fordert damit eine erhöhte Reflexion über die Entscheidungsfolgen.

Darüber hinaus sind die Ergebnisse diverser Analysen und Untersuchungen nicht immer fehlerfrei. Wenn Wissen als Abbild objektiv vorhandener Gegebenheiten begriffen und an ihm als „wahr“ festgehalten wird, kommt es bei fehlerhaftem Wissen zu tief greifenden Fehlentscheidungen. Trifft beispielsweise eine Prognose nicht ein, wurden Entscheidungen und Handlungen und damit die individuelle und organisationale Zukunft, insgesamt an etwas nun „Bestandslosem“ orientiert. Besonders prekär ist dies, falls Menschen auf der Grundlage dieses Wissens Entscheidungen mit weitreichenden Folgen treffen, besonders prägnant scheint ein Beispiel von zu viel Wissen aus der Diagnostik zu sein, nämlich wenn sich „die Trägerinnen von Gendefekten aufgrund des erhöhten Krebsrisikos für eine Amputation der Brüste und eine Entfernung der Eierstöcke“ (Kurreck 2002, S. 391) entscheiden und die Krankheit dann, durch nachfolgende Untersuchungen bestätigt, doch nicht ausgebrochen wäre. Wer kann und will solche Entscheidungen entscheiden?

Es sollte reflektiert werden, welche Konsequenzen Wissen haben könnte und dass Wissen nicht unbedingt wünschenswerte Konsequenzen haben muss, beispielsweise auch, wenn illegal generiertes Wissen über Akteure gegen diese verwendet wird. In diesem Zusammenhang stellt sich für den Wissenden die Frage, was sie den Nichtwissenden an Wissen und daraus resultierenden Konsequenzen zumuten können und auf der anderen Seite ist für den Nichtwissenden zu fragen, ob er in jedem Fall alle vorhandenen Informationen wissen will oder vor Wissen geschützt werden möchte. Bouillon (2009) fragt dementsprechend in Bezug auf möglicherweise belastende medizinische Erkenntnismöglichkeiten: „Ist der Mediziner verpflichtet, den Patienten vollends über die zu erwartenden Folgen seiner Erkrankung aufzuklären, auch wenn dieses Wissen den Patienten vermutlich zusätzlich belastet? [und] Hat im Gegenzug der Patient ein Recht auf vollständige Information oder gar ein Recht auf Vorenthaltung belas-

tender Sachverhalte und Prognosen?“ (Bouillon 2009, S. 109). Unklar bleibt, ob diese Fragen überhaupt vorher abgeschätzt werden können.

2.2 Bestehende Begründungen eines Rechts auf Nichtwissen

Bestehende Konzeptionen und Forderungen nach einem Recht auf Nichtwissen werden mit Bezugnahme auf normative, ethische Überlegungen, politische Forderungen oder rechtliche Regelungen begründet (z.B. Jonas 1985; Donner/Simon 1990; Cramer 1991; Wiese 1991; Stumper 1995; Meyer 2001; Zimmermann-Acklin 2002).

Besonders das Persönlichkeitsrecht dominiert dabei die Diskussion: Van den Daele argumentiert beispielsweise in Hinsicht auf genetische Informationen und das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, dass die „Ausforschung genetischer Daten bei der Einstellung [...] das Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers [verletzt]. Das Recht, diese Daten für sich zu behalten oder auch gar nicht zu kennen, muß Vorrang vor dem Interesse des Arbeitgebers haben, seine Personalplanung auf eine möglichst objektive und berechenbare Basis zu stellen.“ (van den Daele 1985, S. 152). Grundlegender formulierte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in Bezug auf individuelle genetische Daten: „Das Recht, diese Daten für sich zu behalten, ja sie vielleicht gar nicht zu kennen, gehört zum Kern des individuellen Persönlichkeitsrechts.“ (Catenhusen/Neumeister 1990, S. 168). Dieses Recht wird zum einen aus dem informationellen Selbstbestimmungsrecht (Meyer 2001, S. 172; Stumper 1995, S. 511ff.), zum anderen in Bezug auf Autonomie und Menschenwürde (Zimmermann-Acklin 2002, S. 369) und aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (z.B. Donner/Simon 1990, S. 907; Cramer 1991, S. 253ff; Wiese 1991) abgeleitet.

Im Anschluss sollen Problematiken von entgrenzten Wissenserhebungen und daran anschließend Vorteile von Nichtwissensbereichen untersucht werden und es soll ermöglicht werden, ein Recht auf Nichtwissen anschlussfähig für gesellschaftliche Teilsysteme wie die Wirtschaft zu fundieren, in denen oftmals andere Entscheidungsgrundlagen als die bisher in der Literatur bestehenden ethischen Überlegungen herangezogen werden. Normative Begründungen für einen Verzicht auf Wissen werden ausgehebelt, wenn zusätzliches Wissen als nützlicher angesehen wird als die Einhaltung eines Rechts auf Nichtwissen aufgrund von moralischen Werten. Für den arbeitsorganisatorischen Kontext fehlen zudem entsprechende Überlegungen, Spezifizierungen und Begründungen.

Die anschließenden Ausführungen zeigen daher, warum ein Recht auf Nichtwissen im Arbeitskontext notwendig ist und dass dieses Recht funktional begründet werden kann,

indem Auswirkungen von entgrenztem Wissen (für Organisationen und Individuen) analysiert und negative Konsequenzen herausgearbeitet werden. Ein Recht auf Nichtwissen kann – wie zu zeigen sein wird – entsprechend auf der Grundlage funktionaler Überlegungen in Bezug auf potentielle negative Wirkungen von Wissen und positive Wirkungen von Nichtwissen legitimiert werden.

Die Funktionalität eines Rechts auf Nichtwissen

Dorniok, D.

2015, XIV, 43 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09737-0